

Ersetzt
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
Kleinspalt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Bekanntmachung.

In Folge Constatirung von weiteren Fällen des Ausbruchs der Rinderpest im Regierungsbezirk der königlichen Kreishauptmannschaft Zwickau wird unter Bezugnahme auf die in Nummer 21 dieses Blattes vom 17. dieses Monats zum Abdrucke gebrachte Verordnung der königlichen Kreishauptmannschaft Zwickau vom 14. dieses Monats hiermit Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Der Handel mit Vieh und der Transport des letzteren sowie von Dünger, Rauchsutter, Stroh und anderen Streumaterialien ist innerhalb des städtischen Bezirks ohne besondere, vom unterzeichneten Stadtrathe auszustellende Erlaubnißscheine bis auf Weiteres untersagt, auch darf das zum Fleischconsum nöthige Vieh nur unter Aufsicht des unterzeichneten Stadtraths gekauft werden.

Zu widerhandlungen werden nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Gefängniß bis zu 1 Jahre beziehentlich bis zu 2 Jahren bestraft.

Von vorkommenden Krankheits- oder Todesfällen im Rindviehbestande ist Jedermann sofort Anzeige anher zu erstatten verpflichtet.

Die Unterlassung schleunigster Anzeige hat für den Viehbesitzer selbst, welcher sich dieselbe zu Schulden kommen läßt, jedenfalls den Verlust des Anspruchs auf Entschädigung für die ihm gefallenen oder getödteten Thiere zur Folge.

Herr Thierarzt **Gottlieb Ernst Lamm** alhier ist für den städtischen Bezirk als Vieh-Revisor bestellt worden und hat derselbe ein genaues Register über den daselbst vorhandenen Rindviehbestand aufzunehmen und täglich den Ab- und Zugang sowie jede Veränderung in dem Viehbestande speciell zu verzeichnen.

Eibenstock, am 17. Februar 1877.

Der Stadtrath.
Rose, Bürgermeister.

Die Ehe und der Socialismus.

Je älter die Socialdemokratie wird, desto mehr scheint sie es darauf anzulegen, durch den widerwärtigsten Ehnismus die Welt gruselig zu machen. Von der Tribüne der Volksvertretung herab rief einst der verstorbene Socialist Dr. Schweizer der Volksvertretung bei der Berathung eines Gesetzes zu: „wir (Socialdemokraten) werden für dies Gesetz stimmen — nicht, weil wir es billigen, sondern aus Bosheit! Es wird Schaden anrichten und damit kann uns nur gedient sein!“ Die Reichstagsabgeordneten verwenden die Eisenbahnfreikarten während der Session zu Agitationsreisen. Die socialdemokratischen Blätter wälzen sich förmlich in einem Pfuhl der gemeinsten Ausdrucksweise u. s. w. Es schadet nicht viel, wenn das so geht, an dem Uebermaß des Schmutzes werden sie ersticken. Man höre die Ansichten dieser Volksbeglucker über die Ehe! Ein Braunschweiger socialistischer Kaufmann, Namens Bracke, schreibt: „Wie oft ist es nicht das Geld, das die Heirathen macht oder eine andere ähnliche Rücksicht. Wie oft tritt dann nach der Hochzeit ein trauriges Verhältniß zwischen den Gatten ein! Wie oft müssen die Ehen — weil sie unerträglich geworden sind — geschieden werden!“ — Das klingt ganz vernünftig, nicht wahr? Das wird auch Jeder von uns ohne Weiteres unterschreiben. Nun heißt aber die unmittelbare Fortsetzung: „Die Socialdemokraten meinen nun, daß wir höhere sittliche Zustände hätten, wenn nicht nach Geld oder anderen Rücksichten geheirathet würde, wenn eine unglückliche Verbindung leichter, als es heute Gesetz und Sitte mit sich bringen, wieder gelöst werden könnte!“ Also erst die Krokodilstränen über die so oft nöthigen Ehescheidungen und hinterher — die Forderungen, daß diese Ehescheidungen noch viel mehr erleichtert werden müssen und zwar müssen nicht bloß das bisherige Gesetz, wie auch die bisherige Sitte aufgegeben werden! Es wird also flott darauf los geheirathet, so bald man sich satt hat, wird geschieden und morgen hat die Frau einen anderen Mann, der Mann eine andere Frau: Das nennt man Ehe! Der „Braunschweiger Volksfreund“ beginnt einen Satz: „Angenommen, es bleibe (in socialistischen Zuständen) eine eigentliche Ehe fortbestehen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß dies der Fall sein wird, versteht sich nur als Privateinrichtung, ohne päffisch oder ständlich sanctionirten Pact und ohne Zwang —!“ Sollte man es wohl für möglich halten, daß im 19. Jahrhundert ein Mensch im Stande wäre, in Europa so etwas zu predigen? Also Rückkehr zu der reinen Bildung, den „päffischen“ Zwang sind wir ja so wie so schon los, nun muß aber auch noch der Pact vor dem Standesbeamten fallen! Vor wem soll denn die Ehe geschlossen werden? — Lieber Leser, es ist edelhaft, aber es muß dir mitgetheilt werden, damit es immer mehr Licht werde über die Gesinnungen dieser Socialisten. Der erwähnte Bracke aus Braunschweig schreibt über diesen Punkt: „Wo die Göttin der Liebe Menschen zusammenführt, da ist ihr Bündniß heilig, und wenn die Liebe gewichen ist, mag getrost auch das äußere Band zerreißen.“ In einem christlichen Staat, vor einer christlichen Bevölkerung wagt man Verartiges offen auszusprechen. Wo hat im christlichen Staat die Göttin der Liebe einen Platz? Aber sie wollen ja eben keinen christlichen, sondern einen socialistischen Staat und wie der aussehen würde, das beweisen eben solche einzelne Beispiele. Das Christenthum ausge-

trieben, die Obrigkeit verjagt, das Gesetz vernichtet, das Eigenthum confiscirt und die „Göttin der Liebe“ auf den Thron gehoben — das ist das Ideal der Socialisten. Und wie sehr sich Bracke in die Herrlichkeiten eines solchen Zustandes schon hineingedacht, dafür giebt einen Beweis, daß er am Ende seines Buches den Vers abdruckt: „Ein neues Lied, ein schönes Lied, ihr Freunde, will ich dichten: wir wollen hier auf Erden schon, das Himmelreich aufrichten!“ Es ist wahrhaftig hohe Zeit, daß aus dem Volke heraus gegen solche unheilswangeren Bahsideen kräftig angekämpft wird, daß solche Lehren verächtlich, edelhaft sind, daß fühlt jeder Mensch, der nicht vollständig in Rohheit versunken und sittlich verwildert ist. Aber bei diesem Gefühl muß es nicht bleiben; sondern im practischen Leben muß es sich bethätigen. Sagt diese Schwärmer davon, wenn sie in eure Nähe kommen, um den Samen des Unfriedens auszustreuen; meidet sie wie die Pest, wo sie sich einnisten und sorgt dafür, daß alle unsere Mitbürger über das eigentliche Streben dieser „Volksbeglucker“ aufgeklärt werden! Dann nur kann es besser werden; denn alle Maßregeln der Regierungen gegen dieselbe haben immer nur die Folge, daß der Haß gegen alle staatliche Ordnung noch mehr aufgestachelt wird, daß Gift und Geifer weiter umherspritzen und noch mehr Ansteckung und Gefahr anrichten. Erfolgreich werden alle diese Maßregeln nur dann sein, wenn aus dem Volk selbst der Kampf gegen diese auf den Umsturz aller Ordnung speculirende Partei kräftig unterstützt wird!

Tagesgeschichte.

— Aus Berlin schreibt das „B. Tgbl.“: Der Streit zwischen der preussischen und sächsischen Regierung wegen der Berlin-Dresdener Bahn soll nun durch den Bundesrath geschlichtet werden. Preußen hat die Entscheidung desselben angerufen und sich dabei auf Artikel 76 der Reichsverfassung berufen, welcher bestimmt, daß Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrath erledigt werden sollen. Immerhin ist es im höchsten Grade bedauerlich, daß es nicht gelungen, im Wege gütlicher Auseinandersetzung zu einer Verständigung mit der sächsischen Regierung zu gelangen. Dem mächtigen Preußen gegenüber, das im Bundesrath zwanzig Stimmen zählt, erscheint Sachsen mit seinen vier Stimmen, als der schwächere Theil, und abgesehen von dem Uebelstand, daß die Vertreter beider Staaten im Bundesrath bei der schließlichen Abstimmung gewissermaßen als Richter in eigener Sache fungiren, wird es kaum zu vermeiden sein, daß ein für Sachsen ungünstiger Antrag der Differenz im sächsischen Volke das Gefühl so zu sagen einer Vergewaltigung hinterlassen wird, — ein mögliches Ergebnis, das wir mehr als alles Andere beklagen würden. Uebrigens sind die Gründe für und wider den Gesetzentwurf in den Sitzungen der Budgetcommission von Freitag Abend und Sonnabend Vormittag nochmals erwogen worden, ohne daß es bis jetzt zu einem Beschluß gekommen wäre. Der Abgeordnete Berger-Witten erklärte, auf seinem ablehnenden Standpunkte der Vorlage gegenüber verharren zu müssen,